

January 2026

EUROPEAN CENTER OF
JUST TRANSITION
RESEARCH AND IMPACT-DRIVEN
TRANSFER (JTC)

Just Transition Center
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 79/80
06108 Halle (Saale)
Germany

Tel. +49 345 55-25739
Fax +49 345 55-27312

info@jtc.uni-halle.de
www.jtc.uni-halle.de



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

Transitionen des Ländlichen?

Das regionale Selbstverständnis im Spannungsfeld der Herausforderungen ländlicher Räume - eine Ad-hoc-Gruppe auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Ländliche Räume stehen im Zentrum tiefgreifender Transformationsprozesse

Der Bevölkerungsrückgang stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Trotz dieses allgemeinen Trends sind einzelne Regionen in unterschiedlichem Maße betroffen. Während jüngere Bevölkerungsgruppen verstärkt in Städte abwandern, gewinnen stadtrandnahe ländliche Räume und Mittelstädte zunehmend an Relevanz – insbesondere als gut erreichbare Wohnstandorte für Familien. Es entstehen neue funktionale Verflechtungen, die als periurbane Zuzugsgebiete die Ränder wachsender Großstadtregionen kennzeichnen. Dagegen wird in ehemaligen Braunkohlerevier, in denen der ländliche Raum mitunter gezielt angesprochen werden soll, ein Strukturwandel durch staatlich finanzierte Programme gestützt. In abgelegenen ländlichen Räumen hingegen verdeutlichen sich die Auswirkungen des demographischen Wandels in zugespitzter Form. Es wird zunehmend schwerer, Infrastrukturangebote und Daseinsvorsorgeleistungen bereitzustellen. Besonders betroffen sind Kultur- und Begegnungsorte, die informelles Lernen sowie die gesellschaftliche Kohäsion als Stätten der Vergemeinschaftung und des Austauschs fördern. Die entstehenden Leerstellen werden vielfach von rechten Gruppierungen genutzt, um mit vermeintlich das Gemeinwohl adressierenden Angeboten Zuspruch in der Bevölkerung zu erlangen und ihre Ideologie zu verbreiten.

Parallel ruft der sozial-ökologische Umbau – etwa durch Energiewende, neue Mobilitätskonzepte oder die Umstellung auf ökologisch nachhaltige Landwirtschaft

– in Teilen der Bevölkerung Verunsicherung, Ablehnung oder Widerstand hervor. Hinter diesen Reaktionen stehen oft Sorgen um vertraute Lebensweisen. Flankiert wird diese Entwicklung von milieuspezifischen Abwanderungstendenzen, auf die empirische Befunde hindeuten: Während Menschen mit wertkonservativen, heimatbezogenen Einstellungen und Vorstellungen eher in ländlich-kleinstädtischen Kontexten verbleiben, zieht es Menschen mit kosmopolitisch orientierten Lebensstilen stärker in urbane Regionen ([Reckwitz 2019](#)).

Doch gerade in diesen Konfliktlagen liegen auch Entwicklungspotenziale. Zivilgesellschaftliche Initiativen, neue Beteiligungsformate, regionale Wertschöpfung, der Ausbau erneuerbarer Energien und bedarfsgerechte Mobilitätslösungen können ländliche Resilienz stärken – vorausgesetzt, sie sind eng an lokale Selbstbilder, infrastrukturelle Realitäten und soziale Milieus rückgekoppelt.

Diese thematische Gemengelage haben wir als Ausgangspunkt genommen und auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) im September 2025 in Duisburg eine Ad-hoc-Gruppe zur Transition des Ländlichen organisiert.

Die Zusammensetzung der Ad-hoc-Gruppe folgte dem Aufbau des Papers: Eine Einführung und eine Zusammenfassung bildeten den Rahmen für fünf Vorträge, die im weiteren Verlauf dargestellt werden. Wir befassten uns mit den Auswirkungen der skizzierten politischen, sozialen und kulturellen Dynamiken ländlicher Räume auf dessen regionales Selbstverständnis.

Fünf Beiträge untersuchten verschiedene Facetten ländlicher Entwicklung und kamen übereinstimmend zu einem zentralen Befund:

„Den“ ländlichen Raum gibt es nicht.

Denn Herausforderungen, Selbstverständnis und Handlungsräume variieren je nach regionalem Kontext – und genau darin liegt eine Chance, konkrete Impulse für gesellschaftliche Erneuerung durch den Ausbau von Governance-Strukturen im Zusammenspiel mit den Herausforderungen und Bedürfnissen vor Ort zu formulieren.

Vortrag 1: Jenseits der Dichotomie: Ländliche Räume zwischen Kontinuität, Wandel und Krisen

Larissa Deppisch, Thünen Institut

Den Einstiegsvortrag gestaltete Larissa Deppisch vom Thünen Institut für ländliche Lebensverhältnisse. Statt einer simplifizierenden Stadt-Land-Gegenüberstellung wird ein wechselseitiger Bezug zwischen unterschiedlichen Siedlungstypen herausgearbeitet, der auf überlagernden Funktionen sowie ihren jeweiligen komplexen Entwicklungspfaden beruht und ungleiche Entwicklungsmöglichkeiten hervorbringt. Während das Land die Nahrung produziert, bietet die Stadt Ausbildungs- und Berufsspezialisierungsmöglichkeiten.

Historisch betrachtet verschoben sich die Rollen von Stadt und Land entlang von Energieregimen: von einer agrarischen Sonnenökonomie einer dörflich geprägten Siedlungsstruktur über eine fossilgetragene Industrialisierung, die die Herausbildung und den Aufstieg von Städten förderte, bis zur mobilitätsgtriebenen Dienstleistungsökonomie, die sich in altersspezifischen Wanderungsbewegungen sowie den Bedeutungszuwachs periurbaner (Zwischen-)Räume kennzeichnet. In dieser Dynamik werden vormals scharfe Grenzziehungen von Stadt und Land porös, da sich Wohnen und Arbeiten entkoppeln, Pendelverflechtungen zu nehmen und funktionale Zuschreibungen an Exklusivität verlieren.

Die Messung von „Ländlichkeit“ ist selbst Teil dieser Heterogenität. In der Typologie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sind rund 68 Prozent der Fläche und 32 Prozent der Bevölkerung Deutschlands als ländlich klassifiziert. Das Thünen-

Institut hingegen kommt unter Einbezug der Indikatoren Siedlungsdichte, Flächennutzung, Haushaltsstruktur und Erreichbarkeit auf 91 Prozent Fläche und 57 Prozent Bevölkerung, die in unterschiedlichen Abstufungen als ländlich gelten. Diese Differenz verdeutlicht: Es gibt nicht den ländlichen Raum, sondern zahlreiche Ausprägungen mit differenten Strukturmerkmalen.

Zentral ist die wachsende Erreichbarkeitskluft: Je strukturschwächer eine Region zu charakterisieren ist, desto eingeschränkter ist der Zugang zu grundlegenden Versorgungsangeboten wie fußläufige Nahversorgung, medizinische Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen. Gleichzeitig steigt die Abhängigkeit vom privaten PKW, wodurch das verkehrs- und versorgungspolitische Versprechen ausgeglichenen Lebensverhältnisse zunehmend unter Druck gerät.

Diese infrastrukturellen Lücken wirken als Resonanzräume für gesellschaftliche Unzufriedenheit – etwa in Aussagen wie: „Wir sind abgehängt“ oder „Früher gab es noch...“. Deppisch zeigt, wie rechte Akteure wie die AfD oder völkische Siedlerbewegungen die Unzufriedenheit strategisch nutzen. Sie inszenieren sich als Kümmerer und versuchen, kommunale Diskurse sowie politische Arenen gezielt zu beeinflussen. Die Frage des gesellschaftlichen Klimas wird damit zur Raumfrage.

Die Notwendigkeit einer sozial-ökologische Transformation verschärft die bestehenden Asymmetrien zusätzlich, wenn ungleiche Belastungen z.B. durch eine CO₂-Bepreisung sichtbar werden und lokaler Nutzen ausbleibt. Wir stellen fest: Akzeptanz setzt greifbare lokale Mehrwerte und faire Lastenverteilung voraus.

Vortrag 2: „Kleinstädte im Veränderungsdruck: Wie Ortslogiken im Strukturwandel wirken“

Susanne Lerche, Hochschule Zittau/Görlitz und BePart-Verbund

Der Beitrag von Susanne Lerche richtet den Blick auf Kleinstädte in der Lausitz als eigenständige Arenen gesellschaftlichen Wandels, in denen sich postsozialistische Erfahrungen, Deindustrialisierung und der gegenwärtige Kohleausstieg überlagern. Anhand von Ortslogiken als lokal verankerte Deutungsmuster, Routinen und Machtstrukturen werden im Projekt BePart regional relevante Themen, handlungsfähige Akteur*innen

und Bedingungen sozialer Innovationen ethnographisch herausgearbeitet.

Im Vortrag wurden die Fallstudien von zwei Kleinstädten vorgestellt, die gegensätzlicher kaum sein könnten:

- **Rabenfurt** besitzt eine ordnungsorientierte, wirtschaftsnahe Ortslogik, getragen von funktionalen Eliten und einer top-down geprägten Steuerungsrationalität. Der Ort gilt als „Arbeitsort“. Die daraus entwickelte Erfolgserzählung stabilisiert die Handlungsfähigkeit der Akteur*innen, blendet aber marginalisierte Perspektiven aus und unterschätzt soziale Bindungspotenziale.
- **Ostendorf** dagegen folgt einer bottom-up-Logik, geprägt von zivilgesellschaftlicher Initiative und getragen von kirchlichen und umweltbewegten Milieus sowie familiärer Verbundenheit. Zwar sind Verlustnarrative präsent, gleichzeitig schaffen informelle Netzwerke Bleibeperspektiven. Die Innovationsdynamik ist hier kleinteiliger, aber sozial verankerter.

In der Gegenüberstellung zeigt sich: Top-down-Strategien erzeugen schnelle Steuerung, gefährden aber Teilhabe; bottom-up-Initiativen begünstigen eine breite Teilhabe, sind jedoch zeitintensiv und auf Schutzzäume für eine Aushandlung angewiesen. Zusätzlich müssen die Ergebnisse von politischen Akteur*innen aufgegriffen werden, die eine Umsetzung unterstützen.

Für den breiteren Diskurs unterstreicht der Beitrag: Auch innerhalb ländlicher Räume bestehen erhebliche lokale Differenzen hinsichtlich historischer Entwicklung, Elitekultur und vorzufindenden Deutungsmustern, die eine differente Planungs- und Steuerungsvoraussetzung schafft und sich in zentralen Implikationen für die Politikgestaltung äußert:

- 1. Förderung sozialer Innovationen ist kontextsensibel ausrichten** – Taktungen, Verfahren und Ansprechpartner*innen müssen an lokale Ortslogiken anschließen (z. B. in Rabenfurt: soziale Teilhabe stärken; in Ostendorf: zivilgesellschaftliche Projekte institutionell verankern).
- 2. Blinde Flecken und Repräsentationslücken sind explizit zu adressieren** – Wo Eliten dominieren, müssen alternative Stimmen Raum erhalten; wo Netzwerke tragen, braucht es Unterstützung für Skalierung und Verfestigung.

3. Erfolg ist an Passung und nicht am Mittelabfluss zu messen – Indikatoren sollten lokale Handlungslogiken abbilden (z. B. Vielfalt der Träger, Qualität der Kooperationen, Reichweite neuer Angebote).

So verstanden sind Kleinstädte Arenen aktiver Mitgestaltung und nicht bloße Objekte des Strukturwandels. Denn:

Innovationsfähigkeit folgt keiner universellen Logik, sondern ist tief im lokalen Kontext verankert.

Vortrag 3 – „Politisierung des Ländlichen: Rechtsaußen, Bauernproteste und Klimapolitik“, Leonie Marisa Singer, TU Dresden/Rexklima

Leonie Marisa Singer analysiert die Bauernproteste 2023/24 als politische Kippmomente, in denen sich lang aufgebaute Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie, Agrarstrukturwandel und Klimapolitik verdichten. Die Proteste bilden ein Gelegenheitsfenster für Rechtsaußen-Mobilisierung insbesondere in marginalisierten Regionen, die diskursiv als authentische, bedrängte, enteignete Orte aufgeladen und als Gegensatz zu „der Stadt“, „Brüssel“ oder „den Eliten“ markiert werden.

Die Analyse kombiniert eine länderübergreifende Fallstudie (Deutschland/AfD, Frankreich/RN, Niederlande/PVV, Spanien/VOX) mit Diskursanalysen rechter Akteur*innen, Protestereignissen und sozioökonomischen Indikatoren zur Überprüfung folgender Thesen:

- 1. Bauernproteste bieten Anschlussfähigkeit für Rechte Positionen**, da sie sichtbar und alltagsnah sind sowie eine organisatorische Nähe aufweisen.
- 2. Raum und Skala sind konstitutiv für rechte Mobilisierung**, denn die Narrative sind raumspezifisch und verknüpfen Klimapolitik mit identitätsbezogenen Konflikten („unsere Höfe“, „unsere Region“).

Es kommt zu einem „Issue-Alignment“, wobei agrarische Sorgen um Kosten, Auflagen oder Marktpreisen mit EU-Skepsis, Autarkie-Ideen und Anti-Establishment-Erzählungen zu symbolischen Grenzziehungen rund um Anerkennung, Zugehörigkeit und Kontrolle verwoben werden. Der Protest skaliert räumlich: vom Betrieb über die Gemeinde bis hin zur nationalen und europäischen Bühne und biete unterschiedliche Andockstellen für rechte

Akteur*innen. Der Beitrag zielt auf eine Verknüpfung von Diskurs und Struktur, wobei die Anschlussmechanismen von rechts über Erzählmuster, Symbole, Netzwerke und Mobilisierungsdynamiken fokussiert werden.

Daraus ergeben sich folgende politische Implikationen:

- 1. Kooptation vorbeugen** und Lokale Demokratie- und Kommunikationsinfrastrukturen gezielt stärken und in Förderlogiken verankern.
- 2. Klimapolitik realitätsnah gestalten** und betriebliche Logiken, regionale Wertschöpfung und soziale Planungssicherheit als Ausgangspunkt der Transformationsmaßnahmen betrachten.
- 3. Räumliche Dimensionen ernst nehmen** und Konfliktdynamiken sowie Mobilisierungsformen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene beobachten und differenziert adressieren.

Singers Beitrag macht deutlich:

Die politische Aufladung ländlicher Räume ist kein Nebeneffekt, sondern zentraler Bestandteil aktueller Krisendynamiken – und genau hier entscheidet sich, ob Klimapolitik gesellschaftlich getragen oder diskursiv gekapert wird.

Vortrag 4 - „Regionale Selbstbilder im Wandel: Energiewende, Beteiligung und soziale Orte“, Sophie Dolinga & Dr. Jörg Radtke, Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit

Die Energiewende wirkt im ländlichen Raum als Katalysator für gesellschaftlichen Wandel, offenbart sie einerseits bestehende Bruchstellen wie fragile Infrastruktur, knappe Daseinsvorsorge und soziale Polarisierung, eröffnet aber zugleich neue Spielräume für lokale Teilhabe, Wertschöpfung und Identitätsbildung. Akzeptanzkonflikte zeigen sich in Hinblick auf politische und soziale Fragen der Gerechtigkeit, Mitgestaltung und Selbstverortung. Ausgangspunkt des Beitrags ist das Konzept der Energiedemokratie, das auf drei miteinander verknüpfte Beteiligungshebel setzt:

- 1. Dezitive Einflussnahme** (z. B. Bürgerentscheide, Bürgerräte),
- 2. Deliberative Mitgestaltung** (Dialogformate, Stellungnahmen, Workshops),
- 3. Materielle Teilhabe** (z. B. durch Bürgerenergie, kommunale Rückflüsse, sozial gebundene Abgaben).

Die Kombination sorgt für faire Verfahren, geteilte Verantwortlichkeit und Anerkennung lokaler Identitäten, denn eine Energiewende kann nicht gegen, sondern muss mit den Bürger:innen vor Ort gestaltet werden. Dadurch können Einnahmen für soziale Projekte und Begegnungsort wie Bibliotheken, Vereinsheime oder Dorftreffpunkte generiert und die Infrastruktur sowie das Selbstbewusstsein der Gemeinden gestärkt werden. Zusätzlich ist die frühzeitige Einbindung in Standortentscheidungen und Projektgestaltung entscheidend für die Akzeptanz vor Ort.

Bürgerenergieprojekte wirken in doppelter Weise: Sie ermöglichen regionale Wertschöpfung und stärken demokratische Praxis durch gemeinsames Handeln, informelles Lernen und lokale Kooperation. Jedoch lassen sich ebenfalls strukturelle Grenzen herausarbeiten: begrenzte Netzwerke, Ressourcenmangel und ungleiche Inklusivität. Besonders vulnerable Gruppen wie junge Menschen, FLINTA^{*1}, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mehrfach benachteiligte Personen sind in traditionellen Beteiligungsformaten unterrepräsentiert.

Hinzu kommen Flächenkonkurrenzen (etwa zwischen Windkraft, Agri-Photovoltaik, Landwirtschaft und Naturschutz), kommunale Überforderung oder unklare rechtliche Rahmen, die als strukturelle Spannungen die Umsetzung erschweren. Der Vortrag plädiert deshalb für eine kontext- und milieusensible Gestaltung mit Bezug auf regionale Selbstbilder („Energieregion“, „Landwirtschaftsort“) und inklusive Verfahren (z. B. kinderfreundliche Sitzungsformate, einkommensabhängige Beteiligung, gezielte Ansprache unterschiedlicher Gruppen).

Für die politische Gestaltung lassen sich folgende Ansatzpunkte ableiten:

- 1. Verfahren gerecht gestalten** – Akzeptanz entsteht, wenn distributive (Wer profitiert?), prozedurale (Wie wird entschieden?) und anerkennende Gerechtigkeit (Wessen Sichtweise zählt?) gemeinsam adressiert werden.
- 2. Bürgerenergie befähigen und verbreitern** – Einstiegsbarrieren durch Beratung (rechtlich, finanziell) senken; Inklusivität messen (z. B. Mitgliederstruktur, Zielgruppenerreichung);

¹ Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Trans und Agender-Personen. Das Sternchen bezieht darüber hinausgehend alle weiteren Menschen ein, die nicht in die Kategorie fallen, als Mann geboren zu sein und sich auch als Mann zu identifizieren.

Gewinne zweckgebunden reinvestieren.

- 3. Beteiligung vor Ort stärken** – Standortentscheidungen und Gestaltungsspielräume frühzeitig verhandeln; Kommunen durch Personal, Moderation und fachliche Begleitung gezielt unterstützen.

Mit Bürger*innenbeteiligung wird die Energiewende zur Plattform gesellschaftlicher Aushandlung, wenn lokale Selbstbilder und ländliche Räume aktiv in die Gestaltung der Transformation einbezogen werden.

Vortrag 5 – „Pfeif drauf, dann machen wir es eben selber“:

Teilhabechancen, Prädispositionen und Besitzverhältnisse

Dr. Ralph Richter, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)

Ralph Richters Beitrag geht der Frage nach, warum ländliche Regionen Wandel unter vergleichbaren strukturellen Bedingungen unterschiedlich gestalten. Anhand eines empirischen Vergleichs zweier strukturschwacher Landkreise – einer in Schleswig-Holstein (SH), einer in Mecklenburg-Vorpommern (MV) – zeigt er, dass neben Infrastruktur und Ökonomie auch kulturelle Selbstverortungen, Handlungserwartungen und historische Eigentumsordnungen für die regionale Handlungsfähigkeit entscheidend sind.

Beide Landkreise besitzen keinen Hochschulanschluss und wirtschaftlich schwach entwickelt. Der Kreis in SH zeichnet sich durch eine größere Gestaltungskraft aus, die sich in einer geringeren Erwartungshaltung gegenüber dem Staat, starken zivilgesellschaftlichen Netzen und einer historisch gewachsenen Energiekultur aus Bürger*innenwind, mittelständischer Planung und gemeinschaftsbasierten Mobilitätslösungen äußert. Aussagen wie „Pfeif drauf, dann machen wir es eben selber“ verdichten eine Haltung, die Eigenverantwortung und Machbarkeit betont. Im MV-Kreis hingegen dominieren der Wunsch nach Delegation an staatliche Instanzen, Frustration über fehlende Lösungen und Unsicherheit gegenüber selbstorganisierten Initiativen, wie sich in Interviews mit Gründungsakteur*innen und Vereinen verdeutlicht.

Richter identifiziert drei Erklärungsebenen:

- 1. Differenzielle Teilhabechancen** – neben objektiven Ressourcen wie Infrastruktur prägen subjektive Wahrnehmungen und lokale Erzählungen maßgeblich das Engagementpotenzial vor Ort.

2. Innovationskultur – Politische Akteur*innen gestalten Wandel und schaffen dadurch regionale, sich verstärkende Erwartungshaltungen, die entweder den Wunsch nach staatlicher Führung oder einer unternehmerisch-zivilgesellschaftlich orientierten naturnahen Umweltgestaltung begünstigen.

- 3. Mentale Strukturen und Eigentumsgeschichte** – Historische Kollektivierungserfahrungen z.B. der ehemaligen Agrarverfassungen wirken bis heute nach und beeinflussen Einstellungen zu Verantwortung, Organisation und Autonomie und damit die Fähigkeit, Wandel eigeninitiativ zu gestalten.

Der Beitrag offenbart eine dichte und handlungsleitende Verzahnung von Struktur, Kultur und Geschichte. Daraus lassen sich drei strategische Handlungslinien für die politische Praxis ableiten:

1. Eigenlogiken stärken, nicht überformen – Bei hoher Eigeninitiative (SH) bedarf es gezielter Förderung durch Entbürokratisierung, Mikroförderung und beschleunigte Genehmigungen. Ist die Staatserwartung (MV) ausgeprägt, braucht es gemeinsame Lernprozesse von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, etwa durch Co-Produktionsformate oder Startimpulse.

2. Narrative und Selbstwirksamkeit gezielt adressieren – Neben Infrastrukturförderung sind kommunikative Infrastrukturen wie Gründungswerkstätten, Mentoringformate oder Lotsen und Lotsinnen wichtig. Erfolg misst sich auch an der Vielfalt der Träger, Kooperationsverbindlichkeit und Eigenanteilen und nicht nur am Mittelabfluss.

3. Historische Pfade strategisch einbeziehen – Eigentums- und Organisationsgeschichte muss sich in den Förderinstrumenten widerspiegeln und das regionale Gewordensein reflektieren.

Richters Beitrag unterstreicht:

Treffenähnliche strukturelle Probleme auf unterschiedliche kulturelle Haltungen, Erzählmuster und Besitzverhältnisse, erzeugen sie unterschiedliche Handlungspotentiale. Wer ländliche Transformation wirksam gestalten will, muss an diesen Kontexten ansetzen.

Zusammenfassung und Handlungsfolgen

Ländliche Räume sind kein homogener Gegenpol zur Stadt, sondern bilden ein Kontinuum unterschiedlicher Ausgangslagen – von großstadtnahen Zuzugsregionen über kleinstädtische Transformationsräume bis hin zu strukturschwachen Schrumpfungsregionen. Demografische Entwicklungen, Binnenwanderung und insbesondere Erreichbarkeit prägen Alltag und Daseinsvorsorge. Sogenannten sozialen Orten wie Bibliotheken, Vereinsheimen oder Dorfläden mit Café kommt eine zentrale Bedeutung für Zusammenhalt und Teilhabe zu. Dennoch stehen sie vielerorts unter Druck.

Entlang des Wegbrechens von Infrastrukturen verfestigt sich Unzufriedenheit, die von rechten Akteur*innen als Ausgangspunkt für staatliche Kritik und zur Inszenierung als „Kümmerer“ genutzt wird. Dadurch werden Bauernproteste zu Andockstellen identitätspolitischer Auseinandersetzungen und die Energiewende wird zum Schauplatz von Gerechtigkeitskonflikten um zu tragende Belastungen. Die Bedürfnisse lokaler Nutzer*innen bleiben jedoch ungehört.

Die Beiträge der Ad-hoc-Gruppe zeigen: Lokale Handlungsmuster folgen spezifischen Ortslogiken. Kleinstädte und Landgemeinden unterscheiden sich in Routinen, Deutungsmustern und Machtstrukturen, wodurch kontextabhängige Lösungswege notwendig werden. Denn Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, zivilgesellschaftliche Dichte sowie historisch gewachsene Eigentumsordnungen und damit verbundene Deutungsmuster und Narrative beeinflussen messbar, inwiefern Regionen Transformation aktiv gestalten oder in Erwartungshaltungen verharren.

Handlungsperspektiven für Politik und Praxis

Kurzfristig braucht es greifbare Verbesserungen im Alltag – etwa durch Betriebskostenzuschüsse und gezielte Investitionen in soziale Orte, verlässliche Mobilitätsangebote zu Randzeiten, frühe Dialogformate bei Energieprojekten mit einem transparenten „Mehrwert-Steckbrief“ für betroffene Gemeinden sowie klare Schutzmechanismen gegen die Vereinnahmung lokaler Förderlogiken durch rechte Akteur*innen.

Mittelfristig sollten Verfahren, Taktungen und Ansprechpersonen konsequent an die jeweilige Ortslogik angepasst werden: In top-down-starken Räumen sind zusätzliche Mitspracheformate und soziale Anbindung erforderlich; bottom-up-starke Kontexte benötigen verlässliche Anbindung an Verwaltung, Finanzierung und Skalierung. Bürger- und Kommunalenergie entfalten Wirkung, wenn rechtliche und finanzielle Einstiegsbarrieren gesenkt, Beteiligungsmodelle inklusiv gestaltet und Rückflüsse sichtbar in soziale Infrastrukturen gelenkt werden.

Strukturell geht es um die Sicherung verbindlicher Mindeststandards der Daseinsvorsorge, um eine transparente Lasten-Nutzen-Kopplung der Transformation und um ein feinräumiges Monitoring, das Indikatoren wie Erreichbarkeit, soziale Orte, Engagementdichte oder die Binnenwanderung junger Erwachsener berücksichtigt.

Denn Einwohner*innen ländlicher Räume sind aktive Mitgestalter*innen ihrer eigenen Transformation und nicht nur Adressaten politischer Maßnahmen.



Foto: JTC | M. Scholz

Die Autorin

Eva Fabian

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team „Transformative Bildung (TraBi)“ des Just Transition Center. In ihrer Promotion untersucht sie elterliche Bildungsstrategien im Übergang zur Sekundarstufe I mit Blick auf soziale Ungleichheit, Raumbezug und affektive Praktiken. Ihr Interesse gilt insbesondere den Bedingungen von Bildungsprozessen in peripheren Räumen sowie deren Verflechtung mit Strukturwandel und sozial-ökologischer Transformation.



Foto: Katja Klebig

Die Autorin

Dr. Katja Klebig

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie untersucht ländliche Räume und fragt nach dem Zusammenspiel von historischen Entwicklungspfaden, Strukturbedingungen und Mentalitäten für die Herausbildung von Selbstwirksamkeit als Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt.